

594797-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten – Servicepartner

Sicherheitsdienstleistungen

OJ S 166/2026 28/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landesmesse Stuttgart GmbH & Co KG

E-Mail: vergabestelle@messe-stuttgart.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Freizeit, Sport, Kultur und Religion

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Servicepartner Sicherheitsdienstleistungen

Beschreibung: Mit diesem Vergabeverfahren soll ein neuer Servicepartner für Sicherheitsdienstleistungen für die Messe Stuttgart ausgewählt werden. Leistungsort ist das Gelände der Messe Stuttgart einschließlich Hallen, Freiflächen, Eingangs- und Torbereiche, Park- und Logistikflächen sowie das Congresscenter bzw. angrenzende Gebäude. Der Höchstwert der Rahmenvereinbarung beträgt 22.600.000 EUR.

Kennung des Verfahrens: 2b0fa4d4-90a3-4578-8d78-0ee1c94d1fbb

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 22 600 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - Mit diesem Vergabeverfahren soll ein neuer Servicepartner für Sicherheitsdienstleistungen für die Messe Stuttgart ausgewählt werden. Leistungsort ist das Gelände der Messe Stuttgart einschließlich Hallen, Freiflächen, Eingangs- und Torbereiche, Park- und Logistikflächen sowie das Congresscenter bzw. angrenzende Gebäude. Der Höchstwert der Rahmenvereinbarung beträgt 22.600.000 EUR.

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: • Gefordert wird eine Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB) • Gefordert wird eine Eigenerklärung, dass keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: • Eigenerklärung über die Eintragung in das Bewachungsregister (Angabe der Unternehmen-ID); auf Verlangen der Vergabestelle ist ein Nachweis vorzulegen. •

Eigenerklärung über die Anmeldung des Gewerbes; auf Verlangen der Vergabestelle ist ein Nachweis über die Gewerbeanmeldung vorzulegen. • Eigenerklärung über das Vorliegen einer Erlaubnis nach § 34a Gewerbeordnung (GewO); auf Verlangen der Vergabestelle ist ein Nachweis der Erlaubnis vorzulegen. • Nur von Bewerbern und jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft abzugeben: Eigenerklärung zu Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833 /2014 in der jeweils geltenden Fassung. • Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG)

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: •

Gefordert wird eine Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: •

Gefordert wird eine Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB); auf Verlangen der Vergabestelle sind Nachweise vorzulegen, insbesondere Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkassen und der zuständigen Berufsgenossenschaft.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: • Gefordert wird eine

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB); auf Verlangen der Vergabestelle sind Nachweise vorzulegen, insbesondere Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamts Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: • Gefordert wird die Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig i.S.d. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB bestätigt wurde.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: • Gefordert werden Angaben zur Liquidation und Einstellung der Tätigkeit i.S.d. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: • Gefordert wird eine Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umweltrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB).

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: • Gefordert wird eine Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB) sowie dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) und § 22

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) vorliegt.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: • Gefordert wird eine Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende sozialrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB).

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Servicepartner Sicherheitsdienstleistungen

Beschreibung: Mit diesem Vergabeverfahren soll ein neuer Servicepartner für Sicherheitsdienstleistungen für die Messe Stuttgart ausgewählt werden. Leistungsort ist das Gelände der Messe Stuttgart einschließlich Hallen, Freiflächen, Eingangs- und Torbereiche, Park- und Logistikflächen sowie das Congresscenter bzw. angrenzende Gebäude.

Interne Kennung: LOT-0001 LMS-2026-010

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Enddatum der Laufzeit: 31/03/2031

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: • Angabe des Handelsregisters und der Registernummer. • Eigenerklärung über die Eintragung in das Bewachungsregister (Angabe der Unternehmen-ID); auf Verlangen der Vergabestelle ist ein Nachweis vorzulegen. • Eigenerklärung über die Anmeldung des Gewerbes; auf Verlangen der Vergabestelle ist ein Nachweis über die Gewerbeanmeldung vorzulegen. • Eigenerklärung über das Vorliegen einer Erlaubnis nach § 34a Gewerbeordnung (GewO); auf Verlangen der Vergabestelle ist ein Nachweis der Erlaubnis vorzulegen. • Nur bei Bewerbergemeinschaften: Bewerbergemeinschaftserklärung mit Erklärung der gesamtschuldnerischen Haftung und Angabe eines bevollmächtigten Vertreters und Darstellung, welches Unternehmen/Büro welchen Bereich übernimmt und wie die Zusammenarbeit erfolgen soll. • Nur, wenn Unterauftragnehmer oder Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe (§ 47 VgV) eingesetzt werden sollen: Darstellung, welches Unternehmen/Büro welchen Bereich übernimmt und wie die Zusammenarbeit erfolgen soll. Im Teilnahmeantrag müssen nur Eigenerklärungen abgegeben werden. Die Vergabestelle behält sich jedoch vor, zu allen Eigenerklärungen die

Vorlage von Nachweisen zu fordern. Die Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Ablaufs der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbergemeinschaften /Nachunternehmer selbst einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister und/oder einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister einzuholen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den Umsatz (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den Umsatz (netto) im Bereich Sicherheits- und Bewachungsdienstleistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen pro Schadensfall: - mindestens 5 Mio. € für Personenschäden, mindestens 5 Mio. € für Sachschäden, mindestens 5 Mio. € für Vermögensschäden einschließlich Vermögensschäden in Folge von Verstößen gegen Datenschutzbestimmungen, mindestens 100.000 € für das Abhandenkommen bewachter Sachen und mindestens 1.500.000 € für das Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten. oder -pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden einschließlich Vermögensschäden in Folge von Verstößen gegen Datenschutzbestimmungen mindestens 15 Mio. Euro und mindestens 100.000 € für das Abhandenkommen bewachter Sachen und mindestens 1.500.000 € für das Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten. Die Deckungssummen müssen je Schadensfall und mindestens zweifach pro Jahr (= zweifache Maximierung) zur Verfügung stehen. oder Eigenerklärung, dass im Falle der Zuschlagserteilung eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit den oben genannten Deckungssummen pro Schadensfall und der oben genannten Maximierung vor Zuschlagserteilung abgeschlossen wird Im Teilnahmeantrag müssen nur Eigenerklärungen abgegeben werden. Die Vergabestelle behält sich vor, Nachweise zum Umsatz und Versicherungsbestätigungen (über das Bestehen einer Versicherung bzw. die Bereitschaft, im Falle der Zuschlagserteilung eine entsprechende Versicherung abzuschließen) zu fordern. Die Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Ablaufs der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge. Zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung muss eine Versicherungsbestätigung über das Bestehen einer Versicherung mit den geforderten Mindestversicherungssummen und der geforderten Maximierung vorliegen, andernfalls wird das Angebot ausgeschlossen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards

Beschreibung des Eignungskriteriums: Im Teilnahmeantrag müssen nur Eigenerklärungen abgegeben werden. Die Vergabestelle behält sich jedoch vor, zu allen Eigenerklärungen die Vorlage von Nachweisen zu fordern. Die Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Ablaufs der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge. Wenn Nachweise, die nach den nachfolgenden Regelungen erst vor der Zuschlagserteilung vorgelegt werden müssen, zum Zeitpunkt der beabsichtigten Zuschlagserteilung nicht vorliegen, wird das Angebot ausgeschlossen. Jeder Bewerber und jede Bewerbergemeinschaft muss im Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärungen abgeben: 1. Eigenerklärung über eine bestehende Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 oder gleichwertig; die Vergabestelle behält sich vor, die Vorlage eines Nachweises (Bestätigung der akkreditierten Zulassungsstelle) zu fordern, der nicht älter als sechs Monate, gerechnet vom Zeitpunkt des Ablaufs der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge, sein darf. 2. Eigenerklärung über eine bestehende Zertifizierung nach DIN 77200-1 oder eines gleichwertigen branchenspezifischen Systems für Sicherheitsdienstleistungen in Bezug auf die Bereiche stationäre Sicherheitsdienstleistungen, Empfangsdienste und Kontrolldienste, und Veranstaltungsdienste. Die Vergabestelle behält sich vor, die Vorlage eines Nachweises (Bestätigung der akkreditierten Zulassungsstelle) zu fordern. Für die unter 1. und 2. geforderten Zertifizierungen gilt: Die Zertifizierung muss zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung bestehen und im Falle der Zuschlagserteilung während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten werden. Wenn sich ein Bewerber in einem fortgeschrittenen Zertifizierungsprozess befindet, bei dem die Zertifizierung voraussichtlich im Zeitpunkt der Zuschlagserteilung abgeschlossen sein wird, muss der Bewerber in der Eigenerklärung den Stand des Zertifizierungsprozesses erläutern und darlegen, dass die Zertifizierung voraussichtlich im Zeitpunkt der Zuschlagserteilung abgeschlossen sein wird. Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine Bestätigung der akkreditierten Stelle vorzulegen, aus der sich der Stand des Zertifizierungsprozesses ergibt und der voraussichtliche Abschluss der Zertifizierung. In jedem Fall muss die Zertifizierung vor Zuschlagserteilung erfolgt sein und vor Zuschlagserteilung ein Nachweis über die Zertifizierung vorgelegt werden. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Jeder Bewerber und jede Bewerbergemeinschaft muss Referenzprojekte benennen, die mindestens die nachfolgend genannten Anforderungen erfüllen (Mindestbedingungen). Referenzanforderung A – Veranstaltung/Event Alle nachfolgend genannten Leistungen/Anforderungen müssen im Zeitraum 01.01.2021 bis zum Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge erbracht worden sein, wobei es ausreicht, dass die Anforderungen in einem Zeitraum von einem Jahr erbracht wurden, der in diesen Zeitraum fällt: • Bewachungsleistungen bei Veranstaltungen/Events in Verbindung mit Garderobendiensten mit Messebezug oder vergleichbar (bspw. Konzert, Theater, Aktionärsversammlungen, große Empfänge), • das Aufgabenspektrum muss mindestens Ticketkontrolle, Geländebestreifungen, Interventionsbestreifen, Hallen- bzw. Innenbestreifungen, Growd-Management, Bühnenschutz, Flächenmanagement, Zufahrts- und Einlasskontrollen mit und ohne technische Unterstützung (Tor- und Handsonden) umfassen, • Auftragswert (netto): 750.000 € im Jahr, • mindestens 60 Veranstaltungstage (VAT) im Jahr, • an mindestens 40 VAT müssen mindestens 50 Sicherheitsmitarbeiter eingesetzt worden sein, • mindestens 26.400 VA-Stunden im Jahr. Referenzanforderung B – Objektschutz mit Alarmzentrale Alle nachfolgend genannten Leistungen/Anforderungen müssen im Zeitraum 01.01.2021 bis zum Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge erbracht worden sein, wobei es ausreicht, dass die Anforderungen in einem Zeitraum von einem Jahr erbracht

wurden, der in diesen Zeitraum fällt: • Objektschutz mit Alarmzentrale im Objekt (oder vergleichbar) im Messebetrieb oder vergleichbar z.B. Werkschutz, Liegenschaftsbewachung, • das Aufgabenspektrum muss mindestens Torkontrolldienst (Zugangs- und Zufahrtskontrollen), Schließwesen (Auf- und Verschluss), Schlüsselmanagement, Objektbestreifungen (innen/außen), Kontrollrundgänge iVm. OWKS oder vergleichbar, Dokumentations- und Berichtswesen, innerbetriebliche Alarmverfolgung, Intervention, Fundsachenmanagement, innerbetriebliche Verkehrslenkung/ -steuerung inklusive Verkehrsflächenmanagement umfassen (Hinweis: keine überbetriebliche bzw. objektübergeordnete ständig besetzte Stelle z. B. NSL oder vergleichbar), • Auftragswert (netto): mindestens 1.600.000 €/ Jahr • mindestens 365 Tage/Jahr (24/7-Betrieb), 4 Positionen, davon 1 Position in der Alarmzentrale, = 35.040 Stunden im Grundbetrieb, • mindestens 90 anlassbezogene Tage (erweiterter Grundbetrieb / Jahr (24/7-Betrieb), 10 Positionen, = 21.600 Einsatzstunden. Referenzanforderung C – Empfangsdienste Alle nachfolgend genannten Leistungen/Anforderungen müssen im Zeitraum 01.01.2021 bis zum Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge erbracht worden sein, wobei es ausreicht, dass die Anforderungen in einem Zeitraum von einem Jahr erbracht wurden, der in diesen Zeitraum fällt: • Empfangsdienstes mit Messebezug oder vergleichbar (bspw. große Firmenzentralen), • das Aufgabenspektrum muss mindestens Besuchermanagement, Zutrittskontrolle, Gebäudebestreifungen, Telefon-, E-Mail- und Postdienst, Schlüsselmanagement, Ausgabe- und Rücknahme von KFZ-Bordmappen, Berichts- und Dokumentation, Unterstützung im Bereich Räumung und Evakuierung, Telefonvermittlung, Ausstellung von Tagesausweisen, Bearbeitung von allg. Kundenanfragen (z.B. Weiterleitung); Hinweis: keine klassischen Pfortendienste), • Auftragswert (netto): mindestens 220.000 €/ Jahr • mindestens 260 Tage/Jahr (12 Stunden im Tagbetrieb), 2 Sicherheitsmitarbeitende, = 6.240 Stunden / Jahr. Referenzanforderung D – Standbewachung/ Bewachung von Exponaten in geschlossenen Gebäuden Alle nachfolgend genannten Leistungen/Anforderungen müssen im Zeitraum 01.01.2021 bis zum Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge erbracht worden sein, wobei es ausreicht, dass die Anforderungen in einem Zeitraum von einem Jahr erbracht wurden, der in diesen Zeitraum fällt: • Standbewachung auf Messen oder Bewachung von Exponaten in geschlossenen Gebäuden (bspw. Museum). • das Aufgabenspektrum muss mindestens Bewachung des zugewiesenen Exponates / Stands, Zutrittskontrolle, Berichts- und Dokumentation umfassen; Hinweis: keine Baustellenbewachung. • Auftragswert (netto): mindestens 800.000 €/ Jahr • mindestens 125 Tage/Jahr (12 Stunden im Tag- und Nachtbetrieb); • an mindestens 6 VAT (Veranstaltungstage) mit mindestens 60 Sicherheitsmitarbeitenden, = 4.320 Stunden / Jahr, • 20 Sicherheitsmitarbeitende durchschnittlich, = 30.000 Stunden / Jahr. Die Referenzanforderungen A, B, C und D müssen jeweils durch ein Referenzprojekt erfüllt werden. D.h., dass beispielsweise die Referenzanforderung A nicht durch zwei oder mehr Referenzprojekte nachgewiesen werden darf, sondern durch ein Referenzprojekt nachgewiesen werden muss, dass alle Anforderungen der Referenzanforderung A erfüllt. Wenn ein Referenzprojekt mehrere Referenzanforderungen (bspw. die Referenzanforderungen A und B) erfüllt, ist es zulässig, dieselben Referenzprojekte mehrfach (im Beispiel für die Referenzanforderungen A und B) zu benennen. Wenn ein Referenzprojekt die Referenzanforderungen A, B, C und D erfüllt, ist es zulässig, dasselbe Referenzprojekt viermal (bei A, B, C und D) zu benennen. Für alle Referenzanforderungen (A bis D) sind folgende Angaben zu machen: • Angaben zum Auftraggeber (Unternehmen, Ansprechpartner, Kontaktdaten für Nachfragen), • Angabe, ob die Referenz als Hauptauftragnehmer, im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft oder als Nachunternehmer erbracht wurde, • Angaben zum Leistungszeitraum, • Angaben zum Auftragswert/Auftragsumfang, • Angaben zu den

erbrachten Leistungen, • Referenzbeschreibung auf maximal einer DIN A4-Seite, einseitig bedruckt, • Auf Verlangen der Vergabestelle ist ein Bestätigungsschreiben des Auftraggebers (Referenzschreiben) vorzulegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zum Verhandlungsverfahren werden maximal fünf Bewerber /Bewerbergemeinschaften zugelassen, die dann Bieter/Bietergemeinschaften genannt werden. Gibt es nur fünf oder weniger Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und bei denen ein formal ordnungsgemäßer Teilnahmeantrag vorliegt und die alle Mindestanforderungen erfüllen, werden nur diese zur Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren zu-gelassen. Ob fehlende Angaben/Unterlagen bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 56 VgV nachgefordert werden, steht im Ermessen der Vergabestelle. Die Bewerber/Bewerbergemeinschaften haben keinen Anspruch darauf, dass die Vergabestelle von § 56 Abs. 2 bis 4 VgV Gebrauch macht und Unterlagen oder Angaben nachfordert. Sofern bei mehr als fünf Bewerbern/Bewerbergemeinschaften keine Ausschlussgründe vorliegen und diese die Mindestanforderungen erfüllen, werden anhand der nachfolgenden Auswahlkriterien die fünf Bewerber/Bewerbergemeinschaften ausgewählt, die am besten geeignet sind. Bei jeder Referenzanforderung (A, B, C und D) können Punkte für Referenzprojekte erzielt werden, die jeweils alle oben genannten Anforderungen erfüllen. Dabei können für Referenzprojekte, die bereits zum Nachweis der oben genannten Mindestbedingungen angegeben wurden, keine Punkte erzielt werden. Wenn ein Referenzprojekt mehrere oder alle Referenzanforderungen füllt, können bei jeder erfüllten Referenzanforderung Punkte erzielt werden. Es werden pro Referenzanforderung (A, B, C und D) jeweils maximal 3 Referenzprojekte gewertet. Wenn mehr als 3 Referenzenprojekte bei einer Referenzanforderung angegeben werden, werden bei der betreffenden Referenzanforderung gleichwohl nur 3 Referenzprojekte gewertet. Danach können bei jeder Referenzanforderung maximal 3 Punkte und damit insgesamt maximal 12 Punkte erzielt werden. Bei Punktegleichstand werden auch mehr als fünf zugelassen, siehe Erläuterungen im Vergabeleitfaden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität (Konzepte)

Beschreibung: Qualität (Konzepte)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Einschlägige Berufserfahrung und Vertretungsregelung des vorgesehenen Kernteams

Beschreibung: Einschlägige Berufserfahrung und Vertretungsregelung des vorgesehenen Kernteams

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E91331212>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E91331212>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/09/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende Angaben und Unterlagen nach Maßgabe von § 56 Abs. 2 bis 4 VgV nachzufordern (Ermessen der Vergabestelle). Bewerber/Bieter haben jedoch keinen Anspruch darauf, dass fehlende Angaben oder Unterlagen nachgefordert werden.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange der Auftraggeber noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer

Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung nach § 134 GWB informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Informationen per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat oder der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Landesmesse Stuttgart GmbH & Co KG

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landesmesse Stuttgart GmbH & Co KG

Registrierungsnummer: DE197019995

Abteilung: Landesmesse Stuttgart GmbH & Co KG

Postanschrift: Messeplatz 1 Landesmesse Stuttgart GmbH & Co KG Landesmesse Stuttgart GmbH & Co KG

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70629

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Landesmesse Stuttgart GmbH & Co KG

E-Mail: vergabestelle@messe-stuttgart.de

Telefon: +49 711 185 60-0

Internetadresse: <https://www.messe-stuttgart.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: DE811469974

Abteilung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postanschrift: Kapellenstr. 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76131

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer Baden-Württemberg

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

7782fb67-04e6-47cf-a5f2-d01d6db2823d-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

aktualisierte Informationen

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0001

Beschreibung der Änderungen: Die Vorgaben unter Ziffer 5.1.9 unter „Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen“ werden wie folgt angepasst: bisher: Die Referenzanforderungen A, B, C und D müssen jeweils durch ein Referenzprojekt erfüllt werden. D.h., dass beispielsweise die Referenzanforderung A nicht durch zwei oder mehr Referenzprojekte nachgewiesen werden darf, sondern durch ein Referenzprojekt nachgewiesen werden muss, dass alle Anforderungen der Referenzanforderung A erfüllt wird ersetzt durch: Flexibilisierung des Nachweises bei unveränderten Mindestanforderungen Die in den Referenzanforderungen A–D definierten Einzelanforderungen und Schwellenwerte bleiben inhaltlich unverändert. Eine Referenzanforderung gilt weiterhin nur dann als erfüllt, wenn sämtliche zugehörigen Einzelanforderungen nachgewiesen werden. Geändert wird ausschließlich die Art der Nachweisführung: Die einzelnen Anforderungen einer Referenzanforderung müssen nicht zwingend durch ein einziges Referenzprojekt nachgewiesen werden. Stattdessen kann der Bewerber die Erfüllung einer Referenzanforderung durch mehrere geeignete Referenzprojekte bzw. Einzelnachweise belegen, sofern sich daraus insgesamt die vollständige Erfüllung sämtlicher Anforderungen ergibt. Die Anzahl der einzelnen Referenzobjekte je Referenzanforderung ist auf maximal 3 begrenzt. Dies gilt nicht nur für die Referenzen zum Nachweis der Mindestbedingungen, sondern auch für die Referenzen bei den Auswahlkriterien.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: b3dfefe6-b02d-482f-afd3-f0245604a540 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/08/2026 16:36:52 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 594797-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 166/2026

Datum der Veröffentlichung: 28/08/2026